

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Pflegekinder und ihre Familien endlich stärken! (V) – Landeszuschuss zur Altersvorsorge

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Pflegeeltern unabhängig von der Hilfeform auf Antrag einen über die gesetzliche Pflichtleistung hinausgehenden Zuschuss zur Alterssicherung in Höhe von monatlich 120 Euro pro betreutem Kind zu gewähren. Die Anlage des Betrages kann bei zwei Pflegepersonen in von ihnen frei wählbaren Teilbeträgen erfolgen und ist von den Pflegeeltern durch entsprechende Altersvorsorgeverträge oder freiwillige Zahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung nachzuweisen.

Begründung:

Gemäß § 39 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) umfassen die laufenden Leistungen für Pflegeeltern auch die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Derzeit ist auf Landesebene im Rahmen der AV-Vollzeitpflege-Pflegegeld unter 2.1 (6) die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zur Alterssicherung auf mindestens den hälftigen Betrag der gesetzlichen Rentenversicherung (40 Euro) festgelegt. Der Zuschuss wird monatlich pro Pflegekind gewährt, wobei der komplementäre Beitrag von der Pflegeperson selbst zu leisten ist. Bundesweit mangelt es an Pflegefamilien. Es ist daher dringend erforderlich, die Rahmenbedingungen in der Familienpflege deutlich zu verbessern. Pflegepersonen haben aufgrund des pflegerischen Aufwands zumindest vorübergehend meistens nicht die Möglichkeit, parallel noch einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Umso wichtiger ist es, dass sie die Möglichkeit einer angemessenen Altersvor-

sorge erhalten, die über die derzeitige Pflichtleistung in Höhe von gerade einmal 40 Euro hinausgeht. Die Stadt Karlsruhe hat bereits die Initiative ergriffen und leistet einen freiwilligen Zuschuss zur Altersvorsorge in Höhe von bis zu 120 Euro monatlich. Berlin sollte sich diesem Weg anschließen und auch auf diese Weise einen Beitrag zur Stärkung von Pflegefamilien leisten.

Berlin, 18. Mai 2022

Wegner Simon Günther-Wünsch
und die weiteren Mitglieder
der CDU-Fraktion